

„Bleibeperspektive durch Ausbildung und Integration? Herausforderungen und Chancen bei unsicherem Aufenthaltsstatus“

Referentin: Kirsten Eichler, Projekt Q,
Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.

Panel 3: Volljährig und dann? Perspektiven in Deutschland und im Herkunftsland

Nationale EMN Jahreskonferenz 2018 – UM in Deutschland und Europa

14. Juni 2018, Berlin

Gefördert aus Mitteln von:
Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Projekt Q – Qualifizierung der Flüchtlingsberatung

Kirsten Eichler

Hafenstr. 3-5, 48153 Münster

0251-14486-30

eichler@ggua.de, www.einwanderer.net



Aufenthaltsperspektiven für (ehemalige) Unbegleitete Minderjährige mit neg. / ohne Asylverfahren im Überblick

- mit Erreichen der Volljährigkeit endet das Abschiebungshindernis aufgrund Unbegleitetheit und Minderjährigkeit; § 58 (1a) AufenthG
- Möglichkeiten der Aufenthaltssicherung abseits des Asylverfahrens:
 - Aufenthaltserlaubnis (AE) nach § 25a AufenthG für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende
 - AE nach § 25b AufenthG bei nachhaltiger Integration
 - AE nach § 23a AufenthG in Härtefällen
 - Duldung gem. § 60 (2) o. AE gem. § 25 (5) wg. Ausreisehindernis
 - Ausbildungsduldung gem. § 60a (2) S. 4 ff. AufenthG und anschließend AE nach § 18a Abs. 1a AufenthG

§ 25a AufenthG – Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden

- **4 Jahre** ununterbrochener Aufenthalt in D. +
- in der Regel **4 Jahre** erfolgreicher Schulbesuch **oder** anerkannter Schul- / Berufsabschluss in Deutschland +
- positive Integrationsprognose +
- Lebensunterhaltssicherung, sofern nicht in Ausbildung +
- Erfüllung der Passpflicht / Identität geklärt +
- Antrag ab **14.** und vor **21. Geburtstag** (Legaldefinition § 1 (2) JGG)
 - faktischer Ausschluss bei Einreise im Alter von 17 Jahren
 - Einreise mit 15, 16 Jahren: Überbrückung zwischen Volljährigkeit und Erfüllung der geforderten 4 Jahre Voraufenthalt ?

§ 25b AufenthG – Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration

Erteilungsvoraussetzungen u.a.:

- **8 Jahre** Aufenthalt in Deutschland (6 Jahre bei häuslicher Lebensgemeinschaft mit minderjährigen Kindern) +
 - überwiegende Lebensunterhaltssicherung durch Erwerbstätigkeit **oder** positive Prognose
- Ausnahmen: Schule, Ausbildung, Studium, Krankheit, Behinderung
- Erfüllung der Passpflicht / Identität geklärt

§ 25 (5) AufenthG – Verwurzelung nach Art. 8 EMRK

§ 23a AufenthG – Aufenthaltsgewährung in Härtefällen

- § 25 (5) AufenthG – Voraussetzungen u.a.:
 - rechtliches Ausreisehindernis **Verwurzelung** i.S.v. Art. 8 EMRK
 - Aufenthaltsdauer, Integrationsleistungen, Entwurzelung
 - § 23a AufenthG – Voraussetzungen u.a.:
 - Antrag an die **Härtefallkommission** des Bundeslandes
 - persönliche „Härte“ (inlandsbezogene Gründe)
 - Dauer des Aufenthaltes, Zeitpunkt der Einreise (z.B. minderjährig)
 - Integrationsleistungen (inkl. i.d.R. wirtschaftlicher Integration)
- geklärte Identität und Vorlage Nationalpass im Regelfall erforderlich

Die Ausbildungsduldung - § 60a (2) S. 4 ff. AufenthG

- Ziele:
 - mehr Rechtssicherheit für Auszubildende und Betriebe
 - Vereinfachung des aufenthaltsrechtlichen Verfahrens
- Chancen:
 - perspektivische Aufenthaltssicherung (dauerhafter Aufenthalt)
 - kein Stichtag, keine Voraufenthaltszeiten erforderlich
- Herausforderungen:
 - zahlreiche unbestimmte Rechtsbegriffe
 - z.T. unterschiedliche Rechtsauffassungen BMI / Bundesländer
 - unterschiedliche Rechtsprechung der VG und OVG

„Qualifizierte Berufsausbildung“

- mind. **2-jährige** betriebliche /schulische Ausbildung; § 6 (1) BeschV
- Ausbildungsvertrag + z.T. Eintrag in die „Lehrlingsrolle“ bzw. Anmeldung Berufsfachschule inkl. Bezeichnung des Ausbildungsberufs
- „Zug-um-Zug-Verfahren“ möglich (u.a. BMI)
- Nicht erfasst sind:
 - Helfer*innenausbildungen mit einer Dauer von unter 2 Jahren
 - berufsvorbereitende Maßnahmen (z.B. EQ gem. § 54a SGB III)
 - Besuch allgemeinbildender Schulen und (Fach-)Hochschulen
- Duldung gem. § 60a (2) S. 3 AufenthG im Einzelfall (BMI) / Regelfall (NRW, Thüringen) möglich

„Aufnimmt oder aufgenommen hat“

- „*aufnimmt*“ = enger sachlicher und zeitlicher Zusammenhang zwischen Antrag auf Ausbildungsduldung und Ausbildungsbeginn
- bundesweit liegt die Vorlaufzeit derzeit zwischen **wenigen Wochen** (u.a. BMI) und **neun Monaten** (Hamburg)
 - wird Realitäten von Auszubildenden und Betrieben nicht gerecht
- bei in weiterer Zukunft liegendem Ausbildungsbeginn **kann** Duldung gem. § 60a (2) S. 3 AufenthG erteilt werden (u.a. BMI, a.a.O.)
 - Thüringen: bei Vorlage Ausbildungsvertrag und Ausbildungsbeginn in max. 6 Monaten **ist** Ermessensduldung zu erteilen
 - NRW: mehrmonatiger Vorlauf

Kein Beschäftigungsverbot nach § 60a VI AufenthG

- selbst zu vertretende Abschiebungshindernisse, z.B. durch Täuschung über Identität / Staatsangehörigkeit (Mitwirkungspflichten)
 - Abschiebungshindernis muss kausal sein
 - gilt z.B. nicht für unbegleitete Minderjährige, deren Abschiebung wegen § 58 (1a) AufenthG ausgesetzt ist
- Staatsangehörige*r eines als „sicher“ erklärten HKL gem. § 29a AsylG
 - + Asylantrag nach dem 31.8.2015 gestellt + Ablehnung des Asylantrags
 - gilt nicht bei Antragsrücknahme / wenn kein Asylantrag gestellt wurde
- ohne Beschäftigungsverbot: Erteilung der Beschäftigungserlaubnis liegt im Ermessen der ABH – Ermessensreduzierung auf Null ?

„Konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“

- Gesetzesbegründung nennt beispielhaft folgende Maßnahmen:
 - Antrag auf Pass(ersatz)papiere
 - nur, wenn Ausstellung auch „absehbar“ ist – „absehbar“ = ?
 - Terminierung der Abschiebung
 - laufendes Verfahren zur Dublin-Überstellung
- enger sachlicher und zeitlicher Zusammenhang erforderlich (u.a. OVG Niedersachsen, B. v. 9.12.2016, 8 ME 184/16)
- weitere Maßnahmen (z.B. Ausreisegespräche) dürften nicht erfasst sein
- maßgeblicher Zeitpunkt: Antrag auf Ausbildungsduldung (u.a. OVG BB, B. v. 22.11.2016, 12 S 61/16)

Allgemeine Mitwirkungspflichten – Passbeschaffung und Identitätsklärung

- Erfüllung der zumutbaren und möglichen Mitwirkungspflichten bei Passbeschaffung und Identitätsklärung; § 48 (3) AufenthG
 - ABH ist gem. § 82 (3) AufenthG anstoßverpflichtet
- Nationalpass und geklärte Identität keine zwingende Erteilungsvoraussetzung (u.a. BMI, NRW, Niedersachsen)
- Übergänge für bereits in Ausbildung befindliche Personen schaffen
 - z.B. nach unanfechtbarer Ablehnung des Asylantrages oder Erreichen der Volljährigkeit)

Weitere Voraussetzungen und Anschlussnorm

- Ausschluss bei strafrechtlichen Verurteilungen mehr als 50/90 TS
→ im Jugendstrafrecht gibt es keine Geldstrafen
- Erlöschen bei strafrechtlichen Verurteilungen (s.o.), Abbruch oder Nichtbetreiben der Ausbildung
→ Mitteilungspflicht der Betriebe + z.T. Berufsfachschulen
- bei Abbruch / Nichtbetreiben einmalige Duldungserteilung für **sechs Monate** zur **Ausbildungs**platzsuche
- bei erfolgreichem Ausbildungsabschluss einmalige Duldungserteilung für **sechs Monate** zur **Arbeits**platzsuche
- bei erfolgreicher Arbeitsplatzsuche Anspruch auf AE nach § 18a (1a) AufenthG (Erteilungsvoraussetzungen beachten!)

Vielen Dank!



Verantwortlich für Inhalt und Durchführung:
Kirsten Eichler



eichler@ggua.de



www.einwander.net

Die Bleiberechtsregelungen gemäß
§§ 25a und b des Aufenthaltsgesetzes
und ihre Anwendung



Eine Arbeitshilfe
für Beraterinnen und Berater

Als pdf-Datei zum
Download abrufbar auf
der Internetseite des
Paritätischen
Gesamtverbandes unter:

[https://www.der-
paritaetische.de/fileadmi
n/user_upload/Publikatio
nen/doc/2017-11-
13_bleiberecht-
2017_web.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/2017-11-13_bleiberecht-2017_web.pdf)



Arbeitshilfe

Die Ausbildungsduhlung nach § 60a Abs. 2 S. 4 ff. AufenthG: Praxistipps und Hintergründe

Am 06. August 2016 ist das Integrationsgesetz in Kraft getreten, mit welchem erstmals ausdrücklich der Anspruch auf Erteilung einer Duldung zum Zwecke der Ausbildung ins Aufenthaltsgesetz aufgenommen wurde. Die vorliegende Arbeitshilfe soll dieser Regelung größtmögliche Wirksamkeit verleihen und macht deutlich, dass Rechtsprechung und viele Bundesländer die restriktive Auslegung dieser Vorschrift durch Bayern und das Bundesministerium des Innern nicht teilen. Autorin der Arbeitshilfe ist Kirsten Eichler, Mitarbeiterin der GGUA Flüchtlingshilfe aus Münster. Die Arbeitshilfe gibt den Stand am 01.02.2017 wieder, eine Aktualisierung ist vorgesehen und kann dann auf unserer Homepage: www.fluechtlingshilfe.de eingesehen werden. Über Anmerkungen und die Übersendung weiterer Anwendungshinweise aus den Ländern sind wir Ihnen dankbar.

Die Ausbildungsduhlung nach § 60a Abs. 2 S. 4 ff. AufenthG

Bereits mit dem „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“, in Kraft getreten am 1. August 2015, wurde der Duldungsgrund „Ausbildung“ explizit ins AufenthG aufgenommen. Während diese Regelung noch vorsah, dass die Erteilung eine Ermessensentscheidung der Ausländerbehörde voraussetzte und für Menschen, die bereits das 21. Lebensjahr vollendet haben oder aus einem als „sicher“ eingestuften Herkunftsland gem. § 29a AsylG kommen, gesperrt war, besteht seit Inkrafttreten des „Integrationsgesetzes“, am 6. August 2016, unter bestimmten Voraussetzungen ein gesetzlicher Anspruch auf Erteilung einer Duldung zum Zwecke der Ausbildung unabhängig vom Alter und Herkunftsland.

Nachstehend werden die wesentlichen Voraussetzungen für die Erteilung sowie die Regelung zum Erlöschen der Duldung und die Möglichkeiten für die anschließende Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18a Abs. 1a AufenthG erläutert.

Veröffentlichung der 2.
Auflage, Stand Juni 2018
zeitnah geplant.

Als pdf-Datei zum
Download abrufbar auf
der Internetseite des
Paritätischen
Gesamtverbandes unter:

[https://www.der-
paritaetische.de/publikati
onen/](https://www.der-paritaetische.de/publikationen/)



Als pdf-Datei zum Download abrufbar auf der Internetseite des Informationsverbundes Asyl und Migration erhältlich unter:

https://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/publikationen/Arbeitshilfen/BroschuereArbeitsmarkt_fin.pdf